

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Universitätsstadt Marburg  
am Freitag, 30. April 2010, 16:00 Uhr,  
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.**

### **Anwesenheit:**

- SPD:** Acker, Backes, Becker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Daser,  
Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic,  
Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
- CDU:** Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel,  
Mehnert, Oppermann, Pfalz, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer,  
Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff
- GRÜNE:** Busch, Dorn, Flohrschütz, Götting, Köhler,  
Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
- Marburger Linke:** Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber
- FDP:** Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
- MBL:** Ludwig, Dr. Uchtmann

### **Hauptamtlicher Magistrat:**

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle

### **Ehrenamtlicher Magistrat:**

Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Müller-Wickenhöfer  
Stadtrat Rehlich  
Stadtrat Reinhard  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadtrat Stötzel  
Stadtrat Stürmer

### **Es fehlten entschuldigt:**

Die Stadtverordneten Dr. Röder, Lohse und Stompfe (CDU), Dr. Baumann, (B90/Die Grünen, Stadträtin Dr. Weinbach.

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

## Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle an Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. März 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zu heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

Anschließend gedenkt die Stadtverordnetenversammlung in einer Schweigeminute des Verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Dr. Eberhard Dähne. Dr. Dähne war von 1972 bis 1979 als Stadtverordneter der DKP-Fraktion Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor.

**1. Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Unverantwortliche Einsparung der Landesregierung beim Hochschulpakt 2011.2015 und Unterstützung der Universität bei den geplanten Protesten in Wiesbaden VO/1156/2010**

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen).

Gegen die Dringlichkeit wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

In der einschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Dringlichkeit. Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt die Vorlage als TOP 8.1 in die Tagesordnung auf.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

**2. Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Wortbruch**

**der Landesregierung bei der Umsetzung der Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Kindertagesstätten VO/1171/2010**

Dieser dringliche Antrag wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Severin (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Gegen die Dringlichkeit wird aus dem Hause nicht gesprochen.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Dringlichkeit. Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt den Antrag als TOP 8.2 in die Tagesordnung auf.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 1 04/2010)  
Vorlage: VO/1185/2010

**Wie viele Kampfhunde (gefährliche Hunde) nach der Hundeverordnung des Landes Hessen sind in Marburg registriert?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Stadt Marburg waren zum 31.12.2009 insgesamt 53 gefährliche Hunde, die unter § 2 der HundeVO fallen, registriert.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 2 04/2010)  
Vorlage: VO/1187/2010

**Wie viele Behälter für Hundekottüten sind im Stadtgebiet aufgestellt und wo befinden sie sich?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der DBM teilt hierzu folgendes mit:

25 Hundesbeutelspender sind zurzeit aufgestellt und befinden sich an folgenden Standorten:

01. Bachweg-Gisselberger Straße, Ockershausen
02. Bachweg - Leopold-Lucas-Straße Ockershausen
03. Bauerbach - Am Forsthaus

04. Bauerbach - Bornweg
05. Bauerbach - Heideweg
06. Bürgerpark, Marburg-Weidenhausen
07. Friedrichsplatz, Marburg - Südviertel
08. Hirsefeldsteg Jugendherberge, Marburg - Weidenhausen
09. Ketzerbach stadtauswärts, Ketzerbach 20/22, Marburg Nordviertel
10. Ketzerbach, stadteinwärts, Ketzerbach 31, Marburg - Nordviertel
11. Lahnwiese Höhe Stresemannstraße, Marburg - Südviertel
12. Lahnwiese Höhe Werderstraße, Marburg - Südviertel
13. Lahnwiese-Schützenpfehlbrücke, Marburg - Südviertel
14. Schlosspark Freilichtbühne, Marburg - Grassenberg
15. Schlosspark Schutzhütte, Marburg - Grassenberg
16. Schlosspark Treppe Hainweg, Marburg - Grassenberg
17. Schuhmarkt 2, Marburg - Altstadt, Seite zum „Hirschberg“
18. Schuhmarkt 1, Marburg - Altstadt, Ecke Schiffergasse
19. Schülerpark nördl. Eingang, Marburg Nordviertel
20. Schülerpark südl. Eingang, Marburg - Nordviertel
21. Steinweg - mitte, Marburg - Altstadt
22. Steinweg - unten, Marburg - Altstadt
23. Stresemannstraße Ecke Radestraße, Marburg - Südviertel
24. Tierheim Cappel, Bahnhof - Marburg - Cappel
25. Trojedamm bei DLRG, Marburg - Weidenhausen

Darüber hinaus sind folgende Standorte geplant:

- 3 Oberstadt
- 3 Richtsberg
- 2- 3 Michelbach
- 1 Geschwister-Scholl-Schule

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 3 04/2010)  
Vorlage: VO/1188/2010

**Wie teuer waren diese Installationen und wie hoch sind die laufenden Kosten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der DBM teilt hierzu folgendes mit:

Die Installationskosten belaufen sich pro Spender auf 53,99 Euro.  
Die Gesamtkosten der 25 Spender betragen 1.334,75 Euro.

Der ungefähre Jahresbedarf beträgt rd. 200.000 Hundekottüten, deren Anschaffungskosten 5.350,00 Euro betragen.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 4 04/2010)  
Vorlage: VO/1189/2010

### **Wie werden diese Hundekottüten angenommen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der DBM teilt hierzu folgendes mit:

Die Akzeptanz der Hundekottüten ist sehr gut. Die Beutelspender werden laufend genutzt.

---

zu 4.5

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 04/2010)  
Vorlage: VO/1162/2010

**Gibt es auch nur annähernde Schätzungen, wie viele Marburgerinnen und Marburger sich ehrenamtlich zum Wohle unserer Stadt (und unserer Mitbürger/innen) engagieren und kann der Magistrat herausragende Beispiele aus dem Alltag unseres Gemeinwesens aufzeigen, wo es ohne das Engagement der Ehrenamtlichen gar nicht möglich wäre, die Arbeit zu bewerkstelligen bzw. das Angebot aufrecht zu erhalten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Belastbare Zahlen oder Schätzungen über die in der Universitätsstadt Marburg ehrenamtlich tätigen Personen liegen dem Magistrat nicht vor. Aus Gesprächen mit Vertretern von Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen ist jedoch bekannt, dass ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement und eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, in der Universitätsstadt Marburg vorhanden sind.

Natürlich sind dem Magistrat auch Beispiele für besonderes ehrenamtliches Engagement bekannt, einzelne hier zu benennen, könnte jedoch mit einer Wertung gleichgesetzt werden, was keinesfalls beabsichtigt ist. Aus diesem Grund soll hier auf das Herausgreifen einzelner Beispiele verzichtet werden. Dem Magistrat ist vielmehr sehr daran gelegen, die Vielfalt und Breite des ehrenamtlichen Engagements im Sport, in der Kultur und im sozialen, bürgerschaftlichen und politischen Bereich gleichermaßen zu erhalten und zu fördern. Dies muss auch in Zukunft unser aller Ziel sein, denn ohne ehrenamtliche Arbeit würde es das umfangreiche Angebot der vielen freiwilligen Organisationen nicht geben.

Ergänzung:

Zahlen liegen selbstverständlich zur Ehrenamts-Card vor, die Bürgerinnen und Bürger für besonderes ehrenamtliches Engagement erhalten können. Bisher wurden 330 Ehrenamts-Cards mit einer Gültigkeitsdauer von jeweils 3 Jahren durch die Universitätsstadt Marburg vergeben.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.6

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 04/2010)

Vorlage: VO/1163/2010

**Wie hoch waren die Kosten für das "Marburger Stadtforum" am 24. März 2010, wie hoch werden die Kosten für die künftigen Stadtforen veranschlagt, und aus welchem Haushaltstitel werden sie beglichen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für die Eröffnungsveranstaltung des Marburger Stadtforums am 24. März im Stadtverordnetensitzungssaal entstanden keine Kosten. Der Referent, Herr Wilhelm Peters, hat auf ein Honorar verzichtet, da der Oberbürgermeister bei einer Veranstaltung im Sommer 2010, an der die Firma Peters beteiligt ist, einen Vortrag über das Glaskunstprojekt Marburg halten wird.

Für die Veranstaltung am 26. Mai (B3a) werden Kosten für die Anfahrt und eventuell Übernachtung des Referenten, Prof. Herkt (Bochum) anfallen.

Für Gestaltung, Druck und Verteilung der Flyer, mit denen über das Marburger Stadtforum informiert wurde und wird, sind Ausgaben in Höhe von 3.260 Euro angefallen. Bezahlt wurden sie aus dem Topf Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.7

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 7 04/2010)  
Vorlage: VO/1183/2010

**Wie weit ist die Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung für die Neukonzipierung des Weihnachtsmarktes an der Elisabethkirche für den Advent 2010 inzwischen vorangekommen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Beschluss wurde der bestehenden AG Weihnachtsstadt Marburg vorgetragen und in die weiteren Beratungen integriert. Mit Vertretern des Vorstandes der Elisabethkirchengemeinde wurde zunächst die geplante städtebauliche Neugestaltung der Freiflächen nördlich der Elisabethkirche abgestimmt, um auch die funktionalen Aspekte der Platznutzung z. B. durch den Weihnachtsmarkt zu gewährleisten. In diese Abstimmung wurden Mitglieder der AG Weihnachtsstadt Marburg und insbesondere die Herren van Elkan als Veranstalter des Weihnachtsmarktes an der Elisabethkirche einbezogen. Nach Vorliegen des detaillierten Planes zur endgültigen Platzgestaltung mit genauen Maßen können zusätzliche Marktbesucher mit genauen Platzzuweisungen angesprochen werden und eine umsetzbare Gesamtkonzeption entwickelt werden.

Auch die Thematik einheimisches Kunsthandwerk, fair gehandelte Produkte und weiteres wurden der AG Weihnachtsstadt Marburg erläutert und werden soweit als möglich berücksichtigt. Allerdings wird sich eine diesbezügliche lückenlose Kontrolle der Marktbesucher und Schausteller mit zumutbarem Aufwand nicht realisieren lassen. Auch ist die Anzahl heimischer Anbieter, die bereit sind, den Marburger Weihnachtsmarkt zu beschicken begrenzt, insbesondere auch weil etliche bereits auf anderen z. T. kleineren Märkten engagiert sind und es sehr unfreundlich wäre Weihnachtsmarktstände dort abzuwerben. Gerade für viele kleinere heimische Anbieter ist es auch schwierig im Verlaufe der gesamten Adventszeit auf einem Weihnachtsmarkt anwesend zu sein und nicht nur für ein Wochenende oder wenige Tage wie in vielen Umlandgemeinden.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 8 04/2010)  
Vorlage: VO/1184/2010

**Wie hoch sind die Investitionen, mit denen das Haus Leopold-Lucas-Straße 8 in seinen jetzigen benutzungsfähigen Zustand versetzt wurde?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Baukosten für die Unterbringung der "Anneliese Pohl Psychosozialen Krebsberatungsstelle" und des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Marburg 2009 e. V. belaufen sich auf 96.878,39 €.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 9 04/2010)  
Vorlage: VO/1164/2010

**Würde der Magistrat es befürworten, um der Sicherheit der Schulkinder willen, wenn die Ersatz-Haltestelle Wilhelmstraße gestrichen wird. Denn die nächste Haltestelle Radestraße ist von der Entfernung her zu den Schulen vergleichbar und demzufolge zumutbar.**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Haltestelle „Wilhelmsplatz“ in Fahrtrichtung zur Haltestelle „Radestraße“ ist nicht für den Schülerverkehrs in die Wilhelmstraße verlegt worden, sondern wegen der Umsteiger von den Linien 5, 10 und 16, die mit den Linien 1, 2, 4 oder 7 in Richtung Lahnberge, Richtsberg, Cappel oder Südbahnhof weiterfahren möchten. Außerdem wäre bei einer Aufhebung der Ersatzhaltestelle „Wilhelmsplatz“ der Zustieg in die Linie 8 in Richtung Stadtwald dann erst wieder an der Haltestelle „Bachweg“ möglich. Eine Beibehaltung der Haltestelle ist daher unbedingt erforderlich.

Die Abfahrt der Schulbusse nach Schulschluss ist zur Haltestelle Radestraße verlegt worden, um den Schülerinnen und Schülern die Überquerung der Schwanallee zu ersparen. Eine Verlegung der Haltestelle aus Sicherheitsaspekten für den Schulverkehr ist daher nicht notwendig, die Beibehaltung der Ersatzhaltestelle jedoch notwendig.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 10 04/2010)  
Vorlage: VO/1165/2010

**Auf welcher Rechtsgrundlage sind die Parkplätze in der Gisselberger Straße gegenüber dem neu aufgestockten VfB-Gebäude nun dessen Bewohnern zur alleinigen Nutzung zugeordnet?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stellplätze an der Gisselberger Straße gegenüber dem aufgestockten VfB-Gebäude sind dem Baugrundstück Gisselberger Straße 37 und 37 a (Flur 16,

Flurstücke 76/3 und 76/4) durch öffentlich-rechtliche Baulast zugeordnet worden. Die Baulast wurde am 11. 9. 2008 in das Baulastenverzeichnis eingetragen. Darüber hinaus wurde den jeweiligen Eigentümern der Wohnanlage die jederzeitige Benutzung dieser Parkplätze unter Auferlegung der Unterhaltungs-, Instandhaltungs- und Verkehrssicherungspflichten an dem dienenden Grundstücksteil im Wege einer Grunddienstbarkeit eingeräumt. Für die Einräumung der Baulast erhielt die Stadt einen Wertausgleich. Die Eintragung im Grundbuch erfolgte am 2. 10. 2009.

Im Zuge des Verkaufs der Wohnappartements wird der diesen jeweils zuzuordnende Stellplatz auf den Erwerber des Appartements übertragen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird durch den Oberbürgermeister beantwortet. Weitere Zusatzfragen des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) und der Stadtverordneten Schaffner (CDU) beantwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Fragestunde übernimmt um 16:42 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig (MBL) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.11      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 11 04/2010)  
Vorlage: VO/1166/2010

**Kann die Beschilderung entlang der Gisselberger Straße so erfolgen, dass bei Fußballspielen die Besucher auf der Straße parken können, ohne sich ordnungswidrig zu verhalten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Gisselberger Straße sind Seitenstreifen markiert. Auf diesen Seitenstreifen darf geparkt werden, sofern es nicht durch Verkehrszeichen (Haltverbote) untersagt ist.

Da der Bereich vor dem VfB-Gebäude nicht beschildert ist, ist das Parken dort gestattet.

---

zu 4.12      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 12 04/2010)  
Vorlage: VO/1174/2010

**Wie sieht der Jahresbericht des Audits Beruf und Familie innerhalb der Stadtverwaltung aus und welche Maßnahmen sind in 2009 abgearbeitet und in 2010 vorgesehen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der 1. Jahresbericht zum audit berufundfamilie wurde am 01.04.2010 abgegeben. Eine Rückmeldung zum Jahresbericht werden wir Ende Mai 2010 erhalten. Der Bericht umfasst insgesamt 117 DIN A4-Seiten.

Im ersten Jahr des audits berufundfamilie wurden  
33 Maßnahmen umgesetzt,  
12 Maßnahmen verschoben,  
2 Maßnahmen gestrichen und



2 Maßnahmen vorgezogen.

Im Gemeinsamen Mitteilungsblatt Nr. 8/2010 wurde folgende Zusammenfassung veröffentlicht:

Als herausragende Umsetzungen im ersten Jahr des audits können genannt werden:

- ⇒ Gründung einer Steuerungsgruppe audit, die quartalsweise tagt
- ⇒ Gründung von 3 Arbeitsgruppen, wovon 2 AG's die Arbeit aufgenommen haben
- ⇒ Die Möglichkeit, das Gemeinsame Mitteilungsblatt bei Bedarf nach Hause geschickt zu bekommen
- ⇒ Mitarbeiter/innen-Befragung
- ⇒ Stundenkontingent für das audit von etwa 20 % einer Vollzeitstelle für die Projektleiterin
- ⇒ Eine Projektassistentin mit 16 Wochenstunden von Juli 2009 bis März 2010 für das Projekt (Frau Watzlawek ist seit April 2010 aus familiären Gründen in einer beruflichen „Auszeit“)

2 Maßnahmen mussten komplett gestrichen werden:

- ⇒ Änderung der Kernzeit am Vormittag von 8.30 Uhr auf 9.00 Uhr.
- ⇒ Wegfall der Kernzeit am Nachmittag mit Ausnahme des Donnerstag.

Die nun anstehenden Maßnahmen für das zweite audit-Jahr sind beispielsweise:

- ⇒ Einrichtung eines Vertretungspools
- ⇒ Konzeption und ggf Einrichtung der Stelle einer/eines Familienbeauftragten
- ⇒ Zweimal jährlich eine Einführungsveranstaltung für neue Beschäftigte durch den Oberbürgermeister
- ⇒ Erstellen einer „Begrüßungsmappe“ für neue Beschäftigte
- ⇒ Erarbeiten eines „Aus- und Wiedereinstiegskonzepts“ mit Erstellen einer „Ausstiegsmappe“ für Beschäftigte, die eine „Auszeit“ vom Beruf nehmen
- ⇒ Ermöglichung eines elektronischen Zugangs zum „Zentralen Verwaltungsbereich“ und zum „Flohmarkt“ in CC DMS von zu Hause aus
- ⇒ Verbesserung der Postverteilung in den Außenstadtteilen

Eine Übersicht über die umgesetzten Maßnahmen liegt bei. Der vollständige 117-seitige Bericht kann in Papierform oder per E-Mail (10 pdf-Dokumente) von der Projektleiterin, (Tel.: 201-211 , E-Mail: [doris.hilberger@marburg-stadt.de](mailto:doris.hilberger@marburg-stadt.de) <<mailto:doris.hilberger@marburg-stadt.de>>) jederzeit zur Verfügung gestellt werden.

---

zu 4.13

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 13 04/2010)  
Vorlage: VO/1167/2010

**In 1992 wurde vom Bundesministerium für Verkehr eine Vorschrift für die Gestaltung neuer Verkehrsschilder erlassen, die den Kommunen eine Übergangsfrist für den Austausch der alten Schilder bis zum Jahr 2009 einräumte.**

**Welche Vorgaben wurden geändert und wie viele Schilder sind mit welchen Kosten im Verantwortungsbereich der Stadt Marburg betroffen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Jahr 1992 wurde keine Übergangsfrist festgelegt. Die Gültigkeit der alten Schilder war nicht begrenzt.

In der Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) zum 01.09.2010 ist festgelegt, dass die „alten“ Schilder mit diesem Datum ihre Gültigkeit verlieren.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 13. April 2010 mitgeteilt, dass alte Verkehrsschilder, deren Erscheinungsbild sich 1992 geändert hat, weiterhin gültig bleiben.

Im Bereich der Stadt Marburg werden beschädigte oder verblasste „alte“ Schilder nach und nach -wie auch schon in der Vergangenheit seit 1992- durch neue ersetzt.

---

zu 4.14      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 14 04/2010)  
Vorlage: VO/1175/2010

**Kann der Magistrat prüfen, ob die Sporthallen in Marburg barrierefreie Zugänge haben, bzw. ob diese gut einsehbar und ausgeschildert sind.**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Prüfung wird durchgeführt und das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.15      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 15 04/2010)  
Vorlage: VO/1177/2010

**Mit was für einem Aufwand wird die neue Lahnterrasse gereinigt? Zigarettenkippen und Glasscherben, die sich in den Zwischenräumen der Sitzflächen befinden erschweren die Reinigung erheblich. Bei der täglichen Reinigung werden Granulatteile aus den Zwischenräumen mit entfernt. Teilweise sind einige Sitzflächen, die aus Holz sind, durch Grillaktionen angesengt. Hätte man bei der Planung der Lahnterrasse nicht die Folgekosten mitberücksichtigen müssen und Sitzflächen aus einem Feuerfesten Material verwenden sollen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die neue Lahnterrasse wird werktäglich sowohl einmal von Mitarbeitern des DBM und gegen 18.00 Uhr noch einmal zusätzlich durch den vom DBM beauftragten City-Service der Praxis GmbH gereinigt. Diese hat die Lahnterrassen auch sonntags im Plan.

Die aufgestellten Papierkörbe werden ebenfalls Montag bis Samstag zweimal täglich, sowie sonntags einmal täglich geleert.

Hinsichtlich des Reinigungsaufwands wird es bei den Sitzflächen aufgrund der Zwischenräume schon zu Erschwernissen kommen, die aber lediglich einen zeitlichen Mehraufwand bedeuten.

Die Sitzflächen der Lahnterrassen wurden bewusst in Holz ausgeführt, da es sich hierbei um einen natürlichen und nachhaltigen Werkstoff handelt, der dem Standort Lahnaue am ehesten gerecht wird.

Zwischen gestalterischen und praktischen Aspekten besteht bei Baumaßnahmen traditionell immer ein Spannungsfeld. Letztendlich muss aber der gestalterische, optische Aspekt wesentlich sein. Andernfalls würden zwar pflegeleichte aber wenig ansprechende, Betonelemente die Landschaft verunstalten.

***(Die Antwort auf die Frage des Stadtverordneten wurde in Zusammenarbeit mit dem DBM und dem FD 61 erarbeitet.)***

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) wird durch den Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.16

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 16 04/2010)  
Vorlage: VO/1178/2010

**Das Geländer an der historischen Weidenhäuser Brücke, beginnend vom Grün bis zum Anfang von Weidenhausen, passt sich nicht in das heutige Stadtbild ein. Die Holzbretter sind beschädigt, unansehnlich, krumm und buckelig und tragen für keine Sicherheit der Fußgänger bei. Unterhalb des Geländers kann jedes Kleinkind ungehindert auf die sehr stark befahrene Straße laufen. Ein historisch geschmiedetes Geländer wie auf der gegenüberliegenden Seite würde sich erheblich dem Stadtbild anpassen und trägt zur Sicherheit der Fußgänger bei.**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Geländer zwischen der Straße Am Grün und der Weidenhäuser Straße wurde angebracht, um das freie Queren von Fußgängern in diesem Bereich zu erschweren. Die Fußgänger sollten zur Nutzung der Unterführung oder zu den sicheren Querungsstellen geleitet werden. Durch das Geländer sollten nicht die Fußgänger vor dem Kfz-Verkehr geschützt werden, sondern der Kfz-Verkehr vor ungeregelt querenden Fußgängern.

Im Zuge der geplanten Sanierung der Weidenhäuser Brücke soll auch ein zusätzlicher Fußgängersteg auf der Oberstromseite angebracht werden. Damit entfällt der Querungsbedarf auf der Weidenhäuser Brücke. Weiterhin wird ein Wettbewerb zur Umgestaltung des Rudolphsplatzes vorbereitet. Dieser hat u. a. zum Ziel, die Verkehrssituation für die Fußgänger zu verbessern. Wenn die genannten Maßnahmen umgesetzt werden, ist das Geländer entbehrlich. Vor diesem Hintergrund sollten kostenintensive Veränderungen an dem Geländer unterbleiben.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 17 04/2010)  
Vorlage: VO/1179/2010

**Kann der Magistrat Auskunft geben, ob die Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungen seit dem 1.1.2010 bei den Marburger Hotels dazu geführt hat, dass die Kosten für die Hotelgäste gesenkt wurden und wenn ja, in welchem Umfang?**

*Da die Fragestellerin zur Zeit nicht anwesend ist, wird diese Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.*

Seitens der Marburg Tourismus und Marketing GmbH wurde zur Beantwortung der Kleinen Anfrage eine Telefonumfrage bei sieben innerstädtischen Marburger Hotels durchgeführt.

Lediglich ein Hotel hat die Steuersenkung mit einer Zimmerpreissenkung von durchschnittlich 3 € an die Gäste weitergegeben.

Die anderen sechs Hotels verwenden das eingesparte Geld nach eigenen Angaben für Investitionen im Haus, beispielsweise zur Sanierung der Bäder.

Zuständiger Denzernet: Oberbürgermeister Egon Vaupel

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 18 04/2010)  
Vorlage: VO/1180/2010

**Wann rechnet der Magistrat mit einer Bewilligung seines Antrages zur Soziale Stadt für die Stadtteil Waldtal und Stadtwald und welche vorbereitenden Maßnahmen wird er im Jahr 2010 einleiten?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadt Marburg hat im Dezember 2009 beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung einen Antrag zur Aufnahme der Stadtteile Marburg-Ockershausen/Stadtwald und Marburg-Waldtal in das Programm Soziale Stadt gestellt. Die Aufnahme in das Förderprogramm wurde für das Jahr 2011 beantragt.

Das Ministerium hat im Januar 2010 den Antrag bestätigt und mitgeteilt, dass dieser auf eine Warteliste gesetzt wird. Weitergehende Aussagen, insbesondere mit Blick auf den Zeitpunkt einer möglichen Aufnahme, sind laut Ministerium derzeit nicht möglich.

Ab Mai 2010 wird der Magistrat über den FB 5 und den FD 61 Gespräche mit den Akteuren der Stadtteile Marburg-Waldtal und Marburg-Ockershausen/Stadtwald aufnehmen, um - im Hinblick auf soziale Stadtentwicklung und die Antragsstellung Soziale Stadt - gemeinsame Arbeits- und Beteiligungsstrukturen zu entwickeln.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severein (Nr. 19 04/2010)  
Vorlage: VO/1181/2010

**An welchen Schulen wurden in den letzten 3 Jahren Brandschutzmaßnahmen durchgeführt und wie sind Lehrer/innen und Schüler/innen auf einen Ernstfall vorbereitet?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Präventivarbeit des Fachdienstes Brandschutz der Universitätsstadt Marburg wurden in den Jahren 2007 bis 2009 Veranstaltungen in folgenden Marburger Schulen durchgeführt:

Adolf-Reichwein-Schule  
Astrid-Lindgren-Schule  
Brüder-Grimm-Schule  
Erich-Kästner-Schule  
Friedrich-Ebert-Schule  
Fronhof Schule  
Grundschule Marbach  
Grundschule Michelbach  
Grundschule Wehrshausen  
Kaufmännische Schule  
Landschulheim Steinmühle  
Martin-Luther-Schule  
Mosaik-Schule  
Otto-Ubbelohde-Schule  
Pestalozzi Schule  
Richtsberg Gesamtschule  
Schule für Kranke  
Theodor-Heuss-Schule

Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der Gefahren von Feuer und Rauch, dem Verhalten im Brandfall bzw. dem qualifizierten Notruf geschult und sensibilisiert.

**Insgesamt wurden in 59 Schulungsveranstaltungen 908 Schülerinnen und Schüler sowie 190 Lehrerinnen und Lehrer erreicht.**

Einen weiteren Schulungsbaustein stellen die Schulalarmproben dar, die zweimal jährlich in den Marburger Schulen stattfinden sollen. Eine Schulalarmprobe jährlich soll unter Beteiligung der Feuerwehr stattfinden. In diesem Zusammenhang werden qualifizierte Rückmeldungen in Bezug auf den Ablauf, Zeiten und Mängel gegeben.

---

zu 5 Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 mit ihren Anlagen und Stellenpläne 2010 und 2011  
Vorlage: VO/1142/2010

Oberbürgermeister Vaupel trägt in seiner Eigenschaft als Kämmerer die Haushaltsrede zum Doppelhaushalt der Universitätsstadt Marburg vor. Begleitet von einer Power Point-Präsentation. Anschließend wird die Haushaltsrede in

gedruckter Fassung an alle Stadtverordneten verteilt.

Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) beantragt die Überweisung des Haushaltes an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Somit ist der Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss zu weiteren Beratung überwiesen.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher dem Hause bekannt, das mit der heutigen Sitzung die Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Heinz Ludwig (MBL), Heinrich Löwer (SPD), Jürgen Rehlich (ehemaliger Stadtverordneter, heute ehrenamtlicher Stadtrat, CDU) 25 Jahre Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg sind. Der Stadtverordnete Dr. Reimer Wulff (CDU) kann bis zum Ablauf der Legislaturperiode in 2011 auf 40 Jahre Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung zurück blicken.

Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) würdigt diese besonderen Jubiläen und überreicht im Namen des gesamten Hauses jeweils einen Blumenstrauß.

Anschließend unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung von 18:53 bis 19:10 Uhr zum Zwecke einer Pause.

---

zu 6

Benennung einer Straße  
Vorlage: VO/1138/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die im beigefügten Plan gekennzeichnete neu angelegte Straße sowie die gekennzeichneten Teile der Rosenstraße und der Furthstraße erhalten den Namen "Anneliese-Pohl-Allee".**

**Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.**

---

zu 7

Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Änderungsbeschluss für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 27/1 und  
Aufstellungsbeschluss für den  
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 27/4 „Reithalle Dagobertshausen im Stadtteil  
Dagobertshausen der Universitätsstadt Marburg  
Vorlage: VO/1117/2010

Vor Aufruf dieses Tagesordnungspunktes hat der Stadtverordnete Scherer (CDU) den Sitzungssaal wegen mündlicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO verlassen.

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet anhand der Niederschrift der Stadtverordnetenvorsteher. Der Umweltausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die SPD-Fraktion hat im Ausschuss folgende Protokollanmerkung vorgetragen:  
Die Zuwägung soll nicht von dem Ort aus sondern von der Kreisstraße aus erfolgen (hinter dem Waldschlösschen).

Diese Vorwerbe soll Bestandteil des Beschlusses sein.

Die Vorlage soll im Bau- und Planungsausschuss beraten worden sein. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch im Bau- und Planungsausschuss wurde im Rahmen der Diskussion dieser Vorlage die Protokollerklärung aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr vorgetragen.

Mit dieser Maßgabe empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird**

- 1. die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 27/1 „Reitanlage Dagobertshausen“ in Marburg, Ortsteil Dagobertshausen sowie**
- 2. die Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 27/4 „Reitanlage Dagobertshausen“ in Marburg, Ortsteil Dagobertshausen**

**gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

**Die Zuwägung dieses Projektes soll nicht aus dem Ort heraus (Straße im Dorfe) sondern von der Kreisstraße K78 aus erfolgen (hinter dem Grundstück Waldschlösschen).**

---

zu 8            Dringlichkeitsanträge

---

zu 8.1        Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Unverantwortliche Einsparungen der Landesregierung beim Hochschulpakt 2011-2015 und Unterstützung der Universität bei den geplanten Protesten in Wiesbaden  
Vorlage: VO/1156/2010

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Die Stadt Marburg unterstützt die Kritik des Senats an den Absichten der Landesregierung, im Rahmen des Hochschulpakts 2011-2015 die Hochschulbudgets in den Jahren 2011 und 2012 um zweimal 34 Millionen Euro abzusenken.**
- **Die Stadt Marburg teilt die Kritik und Befürchtungen der Philipps Universität bezüglich der negativen Auswirkung auf deren zukünftige**

### Entwicklung.

- Die Stadt Marburg unterstützt den Beschluss des Uni-Senats zu einer Demonstration am 11. Mai in der Landeshauptstadt aufzurufen und schließt sich dem Protestbrief der Dekane gegen die Sparvorhaben an und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.
- Die Stadt Marburg teilt die Befürchtungen, dass die Universität mit der steigenden Zahl der Studierenden in den kommenden Jahren, mit mehr Betreuungsaufwand durch die Bologna-Reform und mit der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung große Probleme bekommen wird, die Qualität des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit aufrecht zu erhalten.
- Die Stadt Marburg kritisiert die finanzpolitische Prioritätensetzung der Landesregierung. Sie sieht es als falschen Weg, mit dem Sparen bei Schulen und Hochschulen zu beginnen.
- Die Stadt Marburg fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) nicht zur Kompensation der Kürzungen durch die Landesregierung verwendet werden.
- Die Stadt Marburg fordert die Landesregierung auf, ein umfassendes Konzept für die Hochschulfinanzierung zu erarbeiten, das insbesondere eine gerechte Mittelverteilung zwischen den Hochschulen berücksichtigt, damit die Marburger Universität nicht weiter benachteiligt finanziert wird.

---

zu 8.2

Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Wortbruch der Landesregierung bei der Umsetzung der Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Kindertagesstätten  
Vorlage: VO/1171/2010

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, bei der Landesregierung auf die Einhaltung der Zusage zu dringen, dass allen Trägern, die die neue Mindestverordnung umsetzen oder umgesetzt haben, die entsprechend der Mindestverordnung entstehenden Mehrkosten vom Stichtag des Inkrafttretens an erstattet werden.**

---

zu 9

Anträge der Fraktionen

---

zu 9.1

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bückingsgarten  
Vorlage: VO/1075/2010



Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Oberbürgermeister Vaupel für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

zu 9.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhöhung des Gewerbesteuersatzes  
Vorlage: VO/1080/2010

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Juni Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zu den Haushaltsberatungen in der Junisitzung.

---

zu 9.3 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Einführung von "Kaugummiplakaten" an öffentlichen Müllbehältnissen  
Vorlage: VO/1082/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Gegenstimme aus der MBL Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, den Einsatz von „Kaugummiplakaten“ in der neu gestalteten Universitätsstraße zu erproben und über den Erfolg nach einem Betriebsjahr Bericht zu erstatten.**

---

zu 9.4 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Beschilderte Stadtpaziergänge  
Vorlage: VO/1103/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Im Umweltausschuss ist der Antragstext wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit MTM zu prüfen, ob in Marburg - nach dem Vorbild der Stadt Memmingen - Stadtpaziergänge mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, durch farblich unterschiedliche Wegweiser **und Angebote im Internet** einfach nachvollziehbar, eingerichtet werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die vorgetragene Ergänzung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit MTM zu prüfen, ob in Marburg - nach dem Vorbild der Stadt Memmingen - Stadtpaziergänge mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, durch farblich unterschiedliche Wegweiser und Angebote im Internet einfach nachvollziehbar, eingerichtet werden können.**

---

zu 9.5

Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Nachbarschaftspreis für soziales Engagement im Stadtteil  
Vorlage: VO/1105/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Marburg wird gebeten im Rahmen der Ortsvorsteherrunde bzw. mit den Stadtteilgemeinden zu beraten, ob der Nachbarschaftspreis, der bislang nur im Rahmen der „Sozialen Stadt“ im Stadtteil Richtsberg ausgelobt wurde, auf die Gesamtstadt ausgeweitet werden kann und wie er künftig deutlich besser publik zu machen ist.**

---

zu 9.6

Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Feuerwehrführerschein  
Vorlage: VO/1106/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) änderte im Haupt- und Finanzausschuss den Antrag für die antragsstellenden Fraktionen dahingehend ab, dass die Worte "erarbeitet und" aus dem ersten Absatz des Beschlusstextes zu streichen sind. Der Stadtverordnete Heck (CDU) beantragte beim ersten Absatz des Beschlusstextes vor dem Wort "umgesetzt" das "zügig" einzufügen.

Anschließend wurde im Haupt- und Finanzausschuss über die beiden geänderten Absätze des Beschlusstextes getrennt abgestimmt. Sowohl der erste Absatz als auch der zweite Absatz wurden in der geänderten Fassung zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt genau wie im Haupt- und Finanzausschuss

über beide Absätze getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die notwendigen landesgesetzlichen Regelungen bzw. Verordnungen zur Erlangung des Feuerwehrführerscheins zügig umgesetzt werden.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Des Weiteren soll sich der Magistrat dafür einsetzen, dass die für den Feuerwehrführerschein entstehenden Kosten nicht den Kommunen auferlegt werden.**

---

zu 9.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stärkung der Familien durch finanzielle Entlastung (gebührenfreies zweites Kindergartenjahr)  
Vorlage: VO/1108/2010

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Er wurde vertagt bis zur Junisitzung des Ausschusses (Haushaltsberatungen).

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zu den Haushaltsberatungen in der Junisitzung.

---

zu 9.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Mehr Transparenz bei Sitzungsvorlagen  
Vorlage: VO/1109/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzenden Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, künftig für mehr Transparenz bei den Vorlagen zu sorgen und dabei insbesondere klar zu stellen, welches Gremium über eine Vorlage abstimmt und wo sie nur zur Kenntnis genommen wird.**

---

zu 9.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Niedrigerer Betreuungsschlüssel bei der Kinderbetreuung  
Vorlage: VO/1111/2010

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Er wurde vertagt

bis zur Junisitzung des Ausschusses (Haushaltsberatungen).

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zu den Haushaltsberatungen in der Junisitzung.

---

zu 9.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bäume am Dükerweg  
Vorlage: VO/1115/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Auch hier wurde Aussprache beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Jannasch (CDU) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke, und bei einer Enthaltung aus der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltungen der FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

zu 9.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Straßenschäden  
Vorlage: VO/1131/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Rahmen der Diskussion im Bau- und Planungsausschuss hat die antragsstellende CDU-Fraktion den Punkt 2 des Beschlusstextes zurückgezogen, sodass nur noch über den Punkt 1 abgestimmt werden musste. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieser Beschlusspassage.

Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher ebenfalls nur über den Punkt 1 des Beschlusstextes abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und MBL Fraktionen, sowie Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

zu 9.12 Antrag der MBL-Fraktion betr. Einwohner/innen Befragung zur Altenplanung  
Vorlage: VO/1135/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Im Sozialausschuss wurde der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert, **bis Ende 2010** einen Bericht über die bisher erfolgten Einwohner/innen Befragungen in den Stadtteilen und der Kernstadt vorzulegen und das weitere Vorgehen zu erläutern.

Die antragsstellende MBL-Fraktion ist mit dieser Antragsergänzung einverstanden. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, bis Ende 2010 einen Bericht über die bisher erfolgten Einwohner/innen Befragungen in den Stadtteilen und der Kernstadt vorzulegen und das weitere Vorgehen zu erläutern.**

---

zu 9.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Kürzungen im Schulbereich  
Vorlage: VO/1136/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Im Ausschuss sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke dem Antrag beigetreten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, die Landesregierung aufzufordern, die geplanten Kürzungen im Bereich der Schulen zurück zu nehmen.**

---

zu 9.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Solarsatzung  
Vorlage: VO/1137/2010

Der Antrag ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Magistrat hat im Bau- und Planungsausschuss zugesagt, der antragsstellenden Fraktion weitere Erläuterungen (Vergleichsvorschlag) zum Antragsgegenstand zur Verfügung zu stellen. Diese Information hat der Magistrat heute mit einer Tischvorlage gegeben. Die MBL-Fraktion hat den Antrag bereits in der Sitzung des Ältestenrates vom 29.04.2010 zurückgestellt.

Somit stellt auch die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zurück.

---

zu 9.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vorläufige Haushaltsführung  
Vorlage: VO/1151/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Auch hier wurde Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Pfalz (CDU) sowie Gottschlich (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, MBL und Marburger Linke und Nein-Stimmen der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgende Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

zu 10 Kennnismnahmen

---

zu 10.1 Beteiligungsbericht 2009 der Universitätsstadt Marburg  
Vorlage: VO/1110/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

---

zu 10.2 Bericht zu den Kürzungen im Etat der Philipps-Universität

Die Kenntnisnahme wird zurückgestellt, weil dem Magistrat die angeforderten Informationen noch nicht zugegangen sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

---

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Acker  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

Pfalz  
Stellv. Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle